

Mitglieder des Deutschen Bundestages
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
- Per E-Mail -

2. Dezember 2020

Offener Brief

Belarus: Repressalien gegen Athlet*innen und die menschenrechtliche Verantwortung der Olympischen Bewegung

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die viel beachtete Unterstützung, die der Deutsche Bundestag der belarussischen Demokratiebewegung und der belarussischen Zivilgesellschaft Anfang November [entgegengebracht hat](#). Deutschlands Stimme hat Gewicht.

Wir, die deutsche Athletenvertretung Athleten Deutschland e.V., wenden uns gemeinsam mit der Belarusian Sport Solidarity Foundation ([BSSF](#)) an Sie, um auf die Repressalien gegen belarussische Athlet*innen sowie die menschenrechtliche Verantwortung der Olympischen Bewegung aufmerksam zu machen. Die BSSF wurde im Zuge der Proteste gegen das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen in Belarus gegründet, um die Rechte von Athlet*innen und Personen aus dem belarussischen Sport zu schützen und sie zu unterstützen.

Hintergrund zu den Geschehnissen in Belarus

Nach den Wahlen drückten belarussische Athlet*innen und Personen aus dem Sport ihren Protest gegen das Wahlergebnis und die politische Führung von Belarus in Form eines [offenen Briefs](#) aus, der mittlerweile rund 1.200 Unterstützer*innen gefunden hat. Mit dessen Unterzeichnung machten die Athlet*innen von ihrem Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch – ein Recht, das das Internationale Olympische Komitee (IOC) im Grundsatz vollumfänglich [unterstützt](#).

Die Unterzeichnung des offenen Briefs und der legitime Protest gegen die politische Führung von Belarus führte zu Repressalien gegen Athlet*innen und Personen aus dem Sport in Belarus. Die BSSF konnte bis zum heutigen Tage mehr als 60 Fälle dokumentieren, die teils auch psychische und physische Gewaltanwendung sowie Inhaftierungen umfassten. Laut Informationen der BSSF wurden auch Athlet*innen, die sich auf die Olympischen Spiele vorbereiten, von staatlichen Stellen unter

Druck gesetzt, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Athlet*innen verloren ihren Kaderstatus und wurden von Wettkämpfen, Trainingsmöglichkeiten sowie vom Sportbetrieb suspendiert.

Besonders problematisch sind die geschilderten Vorgänge durch die unmittelbare organisatorische Anbindung des olympischen Sports an die repressive Staatsführung in Belarus. Der belarussische olympische Sport steht unter der Kontrolle des Diktators Aljaksandr Lukaschenka, der zugleich Präsident des belarussischen Nationalen Olympischen Komitees (NOK) ist. Sein Sohn Wiktar Lukaschenka fungiert zudem als dessen Vizepräsident und ist Mitglied des nationalen Sicherheitsrates. Beide sind Sportfunktionäre und politische Machthaber in Personalunion.

Systematische Menschenrechtsverletzungen

Die BSSF [wandte](#) sich am 5. Oktober hilfesuchend an das IOC. Das IOC [kündigte](#) daraufhin am 7. Oktober Untersuchungen an und [leitete](#) am 25. November ein formelles Verfahren ein, um *„angemessene Maßnahmen oder Sanktionen“* gegen das belarussische NOK zu prüfen. Kurz darauf, am 26. November, übermittelte die BSSF dem IOC eine weitere ausführliche Darlegung einzelner Fälle von Repressalien gegen Athlet*innen. Am Beispiel von sechs Spitzenathlet*innen, die sich bereits für die Olympischen Spiele in Tokio 2020 qualifiziert hatten oder kurz vor der Qualifikation stehen, legt die BSSF dar, wie diese jeglicher sportlicher Trainingsmöglichkeiten beraubt wurden. Einige dieser Athlet*innen wurden aus den entsprechenden Nationalmannschaften ausgeschlossen.

Die Konsequenzen, mit denen Athlet*innen nach Unterzeichnung des offenen Briefes konfrontiert wurden, sind nicht einzelfallgeleitet und stellen elementare wie systematische Menschenrechtsverletzungen dar. Diese Rechtsbrüche widersprechen zugleich den *„universellen fundamentalen ethischen Prinzipien“*, denen das IOC in der Olympische Charta – einer Art „Weltgesetz“ des olympischen Sports – ausdrücklichen Respekt zollt.

Verantwortung des Sports nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

Vor diesem Hintergrund möchten wir auf die Verantwortung des IOC und der Weltverbände hinweisen, die sich aus der Olympischen Charta in Verbindung mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ([UNGP](#)) ergibt. Es ist unstrittig, dass die UNGP auch auf Sportorganisationen anwendbar sind.¹

Mit Blick auf die Geschehnisse in Belarus wird klar, dass die negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte der belarussischen Athlet*innen unmittelbar mit der „Geschäftstätigkeit“ des IOC und dem NOK verbunden sind. Unstrittig ist, dass das IOC und die Olympische Bewegung in der Lage sind, die negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte der Athlet*innen im Wirkungskreis des Sports mindestens zu mindern (gemäß UNGP Nr. 13, Fallgestaltung b). Im Übrigen könnte auch die Meinung vertreten werden, dass das IOC zu den nachteiligen Auswirkungen auf die Athlet*innen beigetragen hat (gemäß UNGP Nr. 13, Fallgestaltung a), indem es die Personenidentität des nationalen Präsidenten mit dem Präsidentenamt des NOK zuließ.

Umso mehr begrüßen wir das vom IOC angekündigte Verfahren zur Untersuchung von Verletzungen der Olympischen Charta durch das belarussische NOK. Diesen Worten müssen allerdings Konsequenzen und Taten folgen. [Mit einem offenen Brief an die IOC-Führung am heutigen Tage](#) regt Athleten Deutschland e.V. eine Überprüfung an, wie das IOC und die Mitglieder der Olympischen Bewegung ihr Einflussvermögen und ihren Gestaltungsspielraum nutzen können, um die negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte der Athlet*innen zu mindern und somit ihrer Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte gerecht werden können.

¹ Siehe Menschenrechtskonzepte der [FIFA](#), der [Commonwealth Games Federation](#) sowie den [Kazan Action Plan](#) der UNESCO als Beispiele für Menschenrechtsstrategien im Sport, denen die UNGP zugrunde gelegt werden.

Unser Brief richtet sich außerdem an Prinz Seid bin Ra'ad Seid Al-Husseini, der die Menschenrechtsstrategie des IOC als ehemaliger Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte entwickelt und begleitet.² Dessen gemeinsamer Bericht mit Rachel Davis wurde heute vom IOC [veröffentlicht](#). Ihre ausführlichen „[Empfehlungen für eine IOC-Menschenrechtsstrategie](#)“ stellen u.a. fest, dass die IOC-Menschenrechtsstrategie in den UNGP verankert³ werden sollte. Laut [IOC-Pressemitteilung](#) sehe das IOC seine „Rolle in der Stärkung der Achtung der Menschenrechte als Anführer der Olympischen Bewegung“⁴. Allerdings bekennt sich die Olympische Bewegung bisher noch nicht kohärent und konsequent zur Achtung und Umsetzung der Menschenrechte in ihrem Wirkungskreis. Die gestrigen Veröffentlichungen stellen bisher nur externe Empfehlungen dar. Es ist also noch viel zu tun.

Debatte zu Menschenrechten im Sport und Unterstützung der Politik nötig

Der Sport und seine Athlet*innen sind für viele Menschen eine Inspirationsquelle und können transformative Kraft entfalten, die unsere Gesellschaften im Positiven beeinflussen. Nun sind es die Athlet*innen und ihr Sport in Belarus, die, wie weite Teile der belarussischen Zivilgesellschaft, auf Unterstützung angewiesen sind.

Die dortigen gravierenden Menschenrechtsverletzungen von Athlet*innen reihen sich leider in eine Vielzahl von unterschiedlich gelagerten Menschenrechtsverletzungen von Athlet*innen sowie Personen im Wirkungskreis des Sports in aller Welt – auch in Deutschland – ein. Athleten Deutschland e.V. setzt sich deshalb für eine stärkere Auseinandersetzung mit Menschenrechten im Sport ein und will damit auch in Deutschland eine Debatte in Gang bringen.

Es würde uns daher freuen, mit Blick auf die schweren Vorfälle in Belarus und ganz grundsätzlich beim Thema der menschenrechtlichen Verantwortung des Sports auf Ihre Unterstützung zählen zu können. Selbstverständlich erläutern wir Ihnen bei weitergehendem Interesse die geschilderten Vorgänge und unsere Sorge wegen der Verletzung der Prinzipien der Olympischen Charta und der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht des Sports.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen



Aliaksandra Herasimenia
Präsidentin
Belarusian Sport Solidarity Foundation



Aliaksandr Apeikin
Geschäftsführer
Belarusian Sport Solidarity Foundation



**BELARUSIAN SPORT
SOLIDARITY
FOUNDATION**



Johannes Herber
Geschäftsführer
Athleten Deutschland e.V.



Maximilian Klein
Beauftragter für Internationale Sportpolitik
Athleten Deutschland e.V.



² Siehe [Ankündigung](#) des IOC im Jahr 2018.

³ *“This approach should be focused on proactively tackling the most severe risks to people, not merely reacting to risks to the organization or the Movement when they hit. Finally, this strategic approach should be anchored in a recognized and legitimate framework [...]. In our view, that framework can only be the UN Guiding Principles.”*

⁴ Englisch Zitat: *„[...] role to advance respect for human rights as the leader of the Olympic Movement [...].“*

Über Athleten Deutschland e.V.:

Athleten Deutschland wurde im Jahr 2017 gegründet, um den für Deutschland startenden Athlet*innen erstmals ein echtes Mitspracherecht zu ermöglichen. Der Verein setzt sich für grundlegende Veränderungen im deutschen und internationalen Sportsystem ein. Der Schutz, die Perspektive und die effektive Mitbestimmung der Athlet*innen stehen dabei immer im Mittelpunkt.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern kämpfen wir für weltbeste Rahmenbedingungen, die ihnen die Möglichkeit bieten, ihre sportlichen und persönlichen Potenziale zu entfalten. Wir treten ein für fairen und sauberen Sport, frei von Missbrauch und Gewalt, Manipulation und Misswirtschaft. Zur Erfüllung unserer Mission kollaborieren wir mit verschiedenen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sowie mit gleichgesinnten Partnern in Europa und der Welt.

Athleten Deutschland e.V. wird durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages finanziell gefördert.

Empfänger*innen dieses offenen Briefs:

Dagmar Freitag (SPD)

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU)

Gyde Jensen (FDP)

Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Barbara Hendricks (SPD)

Jürgen Hardt (CDU/CSU)

Dr. Gregor Gysi (Die Linke)

Eberhard Gienger (CDU/CSU)

Bijan Djir-Sarai (FDP)

Dr. Nils Schmid (SPD)

Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Alexander S. Neu (Die Linke)

Gabriela Heinrich (SPD)

Margarete Bause (Bündnis 90/Die Grünen)

Johannes Schraps (SPD)

Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

Frank Schwabe (SPD)

Dr. André Hahn (Die Linke)

Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen)

Sebastian Brehm (CDU/CSU)

Johann Saathoff (SPD)

Britta Katharina Dassler (FDP)

Mahmut Özdemir (SPD)

Michael Brand (CDU/CSU)

Zaklin Nastic (Die Linke)

Dr. Bärbel Kofler (SPD)